

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
A. Beweissituation im Versicherungsprozess	2
B. Technischer Wandel und Digitalisierung als Quellen neuer Beweisprobleme	4
C. Ziel der Untersuchung	5
D. Gang der Darstellung	6
Teil 1 Grundlagen.....	9
A. Grundlagen zur Beweislast.....	10
I. Beweislast.....	11
1. Objektive Beweislast	14
a) Sinn und Zweck der objektiven Beweislast	15
b) Zeitraum der Anwendbarkeit.....	17
2. Beweisführungslast	17
a) Sinn und Zweck der Beweisführungslast	18
b) Grad der Beweisführungslast	20
II. Behauptungslast	21
1. Abstraktheit der Behauptungslast	23
2. Konkretheit der Behauptungslast	25
3. Umfang der Behauptungslast.....	26
4. Grad der abstrakten Behauptungslast als Hürde des Parteivortrags	29
III. Differenzierung von Last und Pflicht	31
IV. Verteilung der Beweislast	31
1. Maßgeblichkeit des gestrichenen § 193 BGB	33
2. Sachgründe der Beweislastverteilung	35
3. Einfluss der sprachlichen Formulierung einer Norm auf die Beweislastverteilung.....	36
B. Grenze von Beweislast, Beweismaß und Beweiswürdigung	37
I. Beweiswürdigung als Überzeugungsbildung des Richters	38
II. Trennungsdogma von Beweislast und Beweiswürdigung	40
III. Beweismaß als Maßstab der richterlichen Überzeugung	41

C. Regelbeweismaß	44
I. Maßgeblicher Wahrscheinlichkeitsbegriff	45
II. Quantifizierung von Beweismaßen	47
1. Individualismus als Hindernis einer Quantifizierung	48
2. Quantifizierung durch eine gesetzliche Regelung	51
III. Überwiegende oder sehr hohe Wahrscheinlichkeit als Maßstab zur Überzeugungsgewinnung	52
1. Überwiegende Wahrscheinlichkeit als Regelbeweismaß	53
2. Sehr hohe Wahrscheinlichkeit als Regelbeweismaß	53
3. Kritische Stellungnahme	55
a) Höhere Akzeptanz der Entscheidung durch eine erfolgte Beweiswürdigung	55
b) Gerechtigkeit als Kriterium	56
c) „Popularklagen“ bei Herabsenkung des Regelbeweismaßes	56
d) Wortlaut des § 286 I 1 ZPO als Kriterium	57
e) Berücksichtigung der historischen Wortbedeutung von „wahr“	58
f) Wortlaut anderer Beweismaßregelungen als entscheidendes Kriterium	59
(1) Wortlaut der §§ 287 I 1, 294 ZPO	59
(2) Gesetzliche Definition der Glaubhaftmachung in § 4 I 2 FRG und § 3 I 2 WGSVG	60
(3) Vergleich mit § 261 StPO	61
4. Ergebnis	62
D. Beweiserleichterungen	62
I. Kategorisierung der Beweiserleichterungen	62
II. Notwendigkeit der rechtlichen Begründung für eine Beweiserleichterung	63
E. Zusammenfassung der Grundlagen	65
Teil 2 Beweismaß im Versicherungsvertragsrecht	67
A. Beweiswürdigungs- und -maßregelungen im Versicherungsvertragsgesetz	69
I. Beweismaßregelungen zum Versicherungsrecht aus rechtshistorischer Sicht	69
II. Versäumnis der Implementierung einer Beweismaßregelung im Zuge der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes 2008	70
III. Keine Beweiserleichterung in § 7 I VVG a. F. und § 10 VVG	74
IV. Keine Beweismaßsenkung in § 30 I VVG a. F. und § 29 I VVG	75
1. Interpretationsfähigkeit des Wortlauts	75
2. Stellungnahme	76

a) Vergleich mit im Wortlaut identischen gesetzlichen Regelungen.....	77
b) Vergleich mit § 252 S. 2 BGB.....	78
3. Ergebnis	78
B. Beweiswürdigungs- und Beweismaßvereinbarungen in AVB und durch Individualabrede	78
I. Beweiswürdigungs- und Beweismaßvereinbarungen in AVB und durch Individualabrede.....	79
1. Beweiswürdigungsvereinbarungen	79
a) Unvereinbarkeit mit der Zivilprozessordnung.....	80
(1) Berücksichtigung des § 286 II ZPO	80
(2) Zivilverfahrensrecht als öffentliches Recht	81
(3) Zusammenhang von Tatsachen-, Beweismittel- und Beweiswürdigungsvereinbarungen	81
(4) Indisponibilität der Beweiswürdigung	83
b) Zulässigkeit von Beweiswürdigungsvereinbarungen nach <i>Wagner</i>	84
(1) Vereinbarkeit mit dem Beibringungsgrundsatz	85
(a) Beweiswürdigungsvereinbarung als konsequente Folge der Zulässigkeit einer Tatsachenvereinbarung.....	85
(b) Keine Trennung von Tatsachen-/Beweisvortrag und Beweiswürdigung	87
(2) Irrelevanz der Feststellungsart einer Tatsachenbehauptung	87
(3) Streitstand um § 11 Nr. 15 AGBG als Zulässigkeitsargument	89
(4) Widerspruch der Rechtsprechung und herrschenden Lehre	90
c) Ergebnis	91
2. Beweismaßvereinbarungen.....	91
a) Keine Trennbarkeit in der Praxis	92
(1) Einfluss des Revisionsrechts.....	92
(2) Differenzierung von Tatsachen- und Rechtsfrage	93
b) Amtlichen Überschrift als Argument eine fehlende Trennbarkeit	94
c) Mögliche Untrennbarkeit aufgrund der Erforderlichkeit einer abstrakt-generellen Regelung zum Beweismaß	95
d) Drohende Aushöhlung der Beweiswürdigung	96
e) Keine Bindungswirkung gegenüber dem Gericht.....	97
f) Beweismaßvereinbarungen in AGB und Berücksichtigung des § 309 Nr. 12 BGB	98
g) Ergebnis	98
II. Beweisrechtliche Regelungen in AVB und durch konkrete Individualabrede.....	99
1. Klauseln zum Nachweis von Sturmschäden	99
a) Vereinbarkeit mit Vorgaben der Zivilprozessordnung	100
b) Vereinbarkeit mit § 309 Nr. 12 BGB	102
c) Vergleich mit dem Beweis des äußeren Bildes.....	103
2. Klauseln zum Beweismaß	103
a) Wirksamkeit einzelner AVB zum Beweismaß.....	104
b) Einordnung beweiswürdigungs- und beweismaßverändernder AVB als Definition des Versicherungsfalls	104
3. Zusammenfassung.....	106

III. Zusammenfassung	106
C. Beweismaßregelungen durch die Rechtsprechung.....	106
I. Veränderbarkeit des Beweismaßes	108
1. Relativität des Beweismaßes	108
2. Beweismaß als starre Vorgabe	109
a) Beweismaß als materielles Recht.....	110
b) Endgültigkeit einer Entscheidung aufgrund des Glaubhaftmachens....	111
3. Ergebnis	111
II. Beweismaßherabsenkung als gesetzesimmanente Rechtsfortbildung	111
1. Zulässigkeit von richterrechtlicher Rechtsfortbildung des Beweismaßes.....	112
2. Herabsenkung des Beweismaßes als gesetzesimmanente Rechtsfortbildung	113
III. Zusammenfassung	115
D. Richterrechtliche Rechtsfortbildung im Zivilrecht.....	115
I. Grenzen richterrechtlicher Rechtsfortbildung.....	115
1. Rechtsverweigerungsverbot als maßgeblicher Grund des Richterrechts	116
2. Beachtung der Wesentlichkeitstheorie.....	116
3. Außerachtlassen rechtspolitischer Aspekte	117
4. Grenzen auch bei Gesetzeslücken	118
II. Voraussetzungen richterrechtlicher Rechtsfortbildung	118
1. Vorliegen einer Regelungslücke	118
2. Einfügung in das bestehende Rechtssystem	120
E. Der Beweis des äußeren Bildes im Versicherungsrecht	121
I. Mehrstufiges Beweismodell als Antwort auf die Beweisnot	126
II. Schutzbedürftigkeit des Versicherers	129
III. Rechtliche Klassifizierung des Beweises des äußeren Bildes und Beweismodells	131
1. Beweis des äußeren Bildes als eine Fallgruppe des Anscheinsbeweises.....	133
a) Kein typischer Geschehensablauf bei Fahrzeugentwendung	134
b) Beweisnot bei atypischem Geschehensablauf.....	135
c) Keine Typizität für den Willen des Versicherungsnehmers.....	136
d) Entkräftung des Anscheinsbeweises	137
e) Berücksichtigung der Ähnlichkeit.....	138
f) Vereinheitlichungsvorschlag von <i>Wandt</i>	138
g) Ergebnis	139

2. Beweis des äußeren Bildes als ein materiell-rechtliches Merkmal für die Definition des Versicherungsfalls als Beweiserleichterung eigener Art	139
a) Überblick zum Versicherungsfall	140
b) Maßgebliche Kriterien der Ansicht	141
(1) Vorliegen eines ungeschriebenen Versicherungsfalls	141
(2) Anwendbarkeit der Zivilprozessordnung im Übrigen	141
c) Argumente gegen die Einordnung als ungeschriebener Versicherungsfall	142
(1) Differenzierung von § 81 VVG und dem Beweis des äußeren Bildes	142
(a) Lediglich gedankliche Anknüpfung des Gegenbeweises an § 81 VVG	142
(b) Keine direkte Anwendung des § 81 VVG in der Entwendungssituation	144
(c) Berücksichtigung des Sinns und Zwecks des § 81 VVG	145
(d) Keine praktische Umsetzung von <i>Gregers</i> Ansicht durch die Versicherer	146
(e) Berücksichtigung des Versichererinteresses	146
(2) Keine Anwendung des Beweismodells im Rückforderungsprozess des Versicherers	147
d) Ergebnis	148
3. Beweis des äußeren Bildes als eine Glaubwürdigkeits- vermutung und Beweiserleichterung eigener Art	148
a) Überblick zur Glaubwürdigkeitsvermutung	148
b) Maßgeblicher Inhalt der Ansicht	149
(1) Dogmatische Herleitung	149
(2) Maßgebliche Aussagen der Ansicht	149
(3) Voraussetzungen der jeweiligen Stufen	150
(a) Kriterien der ersten Stufe	150
(b) Kriterien der zweiten Stufe	151
c) Vergleich mit dem Vorgehen der herrschenden Ansicht	152
d) Überzeugende Kritikpunkte an dem Vorgehen der Rechtspraxis	153
(1) Fehlende Differenzierung zwischen Haupt- und Gegenbeweis	153
(2) Maßgeblicher Einfluss auf den Rechtsstreit	154
e) Argumente gegen diese Ansicht	155
(1) Keine Anwendung von § 16 III VVG a. F. und § 19 V VVG	155
(a) Kein Gestaltungsrecht	155
b) Kein missbilligendes Verhalten des Versicherers	156
(2) Keine Inkonsequenz der Rechtspraxis	157
(3) Problematik der Feststellung des maßgeblichen Beweismaßes	158
(4) Zusammenfassung der Argumente	159
f) Ergebnis	159
4. Beweis des äußeren Bildes als eine Art Vermutungsregelung	159
a) Überblick zur Vermutung nach der Zivilprozessordnung	160
b) Maßgeblicher Inhalt der Ansicht zur Einordnung als Vermutung im Sinne des § 292 ZPO	160
(1) Abkehr vom Beweis des Gegenteils	160
(2) Veränderung der Beweislast	161
c) Begründung der Ansicht	161

d) Überzeugende Kritikpunkt der Ansicht.....	162
e) Argumente gegen diese Ansicht.....	162
(1) Keine Formulierung als Beweis des Gegenteils in der Rechtspraxis	162
(2) Möglichkeit des Vollbeweises durch den Versicherungsnehmer....	163
(3) Keine begriffliche Enge der Glaubwürdigkeitsvermutung	164
(4) Kein besonderer Einfluss des Zufalls	164
(5) Kein Einklang mit den übrigen Prinzipien des Beweisrechts.....	164
(6) Fehlende Bestimmbarkeit der Anknüpfungstatsachen	166
f) Zwischenergebnis.....	167
g) Ergebnis	167
5. Sonstige Erklärungsansätze	167
a) Veränderung des Beweisthemas und der Ausschluss subjektiv geprägter Angaben durch den Versicherungsnehmer	167
(1) Wesentlicher Inhalt der Auffassung von <i>Hansen</i>	168
(2) Diskussion der Ansicht von <i>Hansen</i>	169
(a) Zutreffende Kritik durch <i>Hansen</i>	169
(b) Argumente gegen die Einordnung von <i>Hansen</i>	169
(i) Wertung von § 448 ZPO.....	169
(ii) Veränderung des Beweisthemas.....	170
(iii) Berücksichtigung der abstrakten Behauptungslast.....	171
(3) Ergebnis	171
b) „Überwiegende“ Wahrscheinlichkeit auf der ersten Stufe und eine Beweiserleichterung zugunsten des Versicherers	172
(1) Wesentlicher Inhalt der Auffassung von <i>Bach</i> und seine Argumentation.....	172
(2) Kritikpunkte an der Ansicht von <i>Bach</i>	173
(a) Beachtung des allgemeinen Sprachgebrauchs	173
(b) Keine Quantifizierung des Beweismaßes	173
(c) Unterschiedliche Beweisanforderungen auf den unterschiedlichen Stufen des Beweismodells.....	174
(3) Ergebnis	174
c) Auflösung des Haupt- und Gegenbeweises	175
(1) Wesentlicher Inhalt der Kritik.....	175
(2) Begründung der einstufigen Prüfung.....	175
(3) Kritik an der einstufigen Prüfung	176
(a) Grundsätzlich keine Vermischung verschiedener Beweismaße	176
(b) Notwendigkeit einer Struktur.....	177
(i) Einhaltung einer Struktur zum Vorteil des Versicherungsnehmers.....	177
(ii) Berücksichtigung zivilgerichtlicher Entscheidungen.....	178
(4) Ergebnis	179
d) Anwendung der <i>causa proxima</i> -Regel aus dem Transportversicherungsrecht	180
(1) Argumente von <i>Langheid</i>	180
(2) Kritik an der Ansicht von <i>Langheid</i>	180
(a) Keine Übertragung des Beweismaßes aus einem Musterklageverfahren zum Deliktsrecht	181

(b)	Keine Maßgeblichkeit der überwiegenden Wahrscheinlichkeit in der Entwendungssituation	181
(c)	Weitere Kritikpunkte an der Ansicht von <i>Langheid</i>	181
(3)	Ergebnis	182
6.	Eigene Klassifizierung	182
a)	Erste Stufe des Beweismodells	183
(1)	Äußeres Bild einer Entwendung	183
(a)	Subjektive Komponente im äußeren Bild	185
(i)	Keine Darlegungslast für das subjektive Element	185
(ii)	Vermutung <i>sui generis</i> für das subjektive Element	185
(aa)	Keine Vermutung im Sinne des § 292 ZPO	187
(bb)	Argumente für die Einordnung als Vermutung <i>sui generis</i>	188
(cc)	Berücksichtigung der Interessen Dritter	189
(iii)	Anwendbarkeit auf andere Entwendungsarten	191
(iv)	Zwischenergebnis	192
(b)	Bestimmtheit der Begrifflichkeiten aufgrund von Fallkasuistik	192
(c)	Art der Beweisführung	194
(i)	Positiver Indizienbeweis	194
(ii)	Negativer Indizienbeweis	194
(iii)	Fallkasuistik als Bestimmung der maßgeblichen Indizatsachen	195
(iv)	Unterschied zum regulären Indizienbeweis	196
(d)	Zwischenergebnis	196
(2)	Glaubwürdigkeitsvermutung des Versicherungsnehmers	197
(a)	Glaubwürdigkeitsvermutung als besondere Beweiswürdigungsregel	197
(i)	Argumente für die Einordnung als besondere Beweiswürdigungsregel	198
(aa)	Faktisches Beweismittel	198
(aaa)	§ 141 ZPO als kein ordentliches Beweismittel	199
(bbb)	Ausnahme der Vier-Augen-Situation	199
(bb)	§ 448 ZPO in der Entwendungssituation	200
(aaa)	Notwendigkeit des Anbeweises	200
(bbb)	Ausschluss der Anwendbarkeit von § 448 ZPO	201
(ccc)	Sonderfall: Beobachtung des Entwendungsvorgangs	203
(ii)	Zwischenergebnis	203
(iii)	Anwendbarkeit der üblichen Beweisregeln	204
(iv)	Rechtstechnische Begründung	205
(aa)	Unschuldsvermutung	205
(bb)	Keine übliche Vermutungsregelung	206
(v)	Einheitliches Beweismodell	208
(b)	Grenzen der Anwendbarkeit der Beweiswürdigungsregel	209
(i)	Negative Ergiebigkeit der vorhandenen Beweismittel	209
(ii)	Unergiebigkeit der vorhandenen Beweismittel	210
(iii)	Teilweise Unergiebigkeit der übrigen Beweismittel	211
(iv)	Herbeiführung der Beweisnotsituation	212
(v)	Negative Ergiebigkeit bei falschem Inhalt	213

(vi) Verhinderung einer ordnungsgemäßen Beweiserhebung.....	215
(vii) Keine Pflicht zur Anhörung nach § 141 ZPO	217
(viii) Unerkannt unredlicher Versicherungsnehmer.....	219
(ix) Maßgeblichkeit des Tatsachenvortrags.....	221
b) Zweite Stufe des Beweismodells	221
(1) Beweismaß und die Struktur der zweiten Stufe	221
(a) Beweismaß der zweiten Stufe	222
(i) Einordnung der erheblichen Wahrscheinlichkeit oberhalb der hinreichenden Wahrscheinlichkeit	223
(ii) Keine Beweismaßsenkung zum Vorteil des Versicherers	224
(b) Struktur der zweiten Stufe	225
(i) Keine besondere Relevanz von Indiz-Indizien	225
(ii) Unbeachtlichkeit der Anzahl an Indizien	226
(iii) Beweisbarkeit nach einem geführten Gegenbeweis	227
(c) Zwischenergebnis	228
(2) Anforderungen an den Gegenbeweis und die ernstlichen Zweifel an der Glaubwürdigkeit.....	228
(a) Differenzierung der Beweismaße auf der zweiten Stufe	229
(b) Unterscheidung zwischen Vortäuschung des Versicherungsfalls und Zweifeln an der Glaubwürdigkeit.....	230
(c) Ernstliche Zweifel	230
(i) Kein Unterschied zur ersten Stufe	231
(ii) Sonderfall der positiven Feststellung der Glaubwürdigkeit des Versicherungsnehmers	232
(d) Keine Veränderung des Gegenbeweises	232
(3) Angriffsmöglichkeiten des Versicherers	233
(a) Vortrag gegen die Glaubwürdigkeit.....	233
(b) Vortrag gegen das äußere Bild.....	234
(c) Dritte Stufe des Beweismodells	235
7. Zusammenfassung.....	235
IV. Rechtsdogmatische Grundlage, Begründung und Rechtsnatur des Beweismodells	236
1. Rechtsdogmatische Grundlage des Beweismodells	237
a) Konkludente Vertragsvereinbarung	237
(1) Hypothetischer Parteiwille	239
(2) Fehlende Disponibilität der Parteien über das Beweismaß.....	240
(aa) Fehlende Disponibilität über die Beweiswürdigungsregel	241
(bb) Einheitlichkeit des Beweismodells	241
b) Richterrecht als rechtsdogmatische Grundlage	242
(1) Normativer Anknüpfungspunkt	243
(2) Keine Rechtsfortbildung <i>contra legem</i>	244
(3) Voraussetzungen des Richterrechts beim Beweismodell	245
(aa) Abstrakte Fallgruppen.....	245
(bb) Rechtlich vertretbares Ergebnis.....	246
(cc) Berücksichtigung der Rechtsordnung	246
(dd) Beachtung der Besonderheiten der besonderen Beweiswürdigungsregel	247

(ee) Notwendigkeit einer Differenzierung in der Begründung	248
c) Zwischenergebnis	249
2. Rechtsdogmatische Begründung des Beweismodells	249
a) Dogmatische Begründung der ersten Stufe	249
(1) Keine Begründung durch die Glaubwürdigkeitsvermutung	250
(2) Beweisnot als Begründung für die Tatsachenvermutung <i>sui generis</i>	251
(3) Beweisnot als Begründung für die besondere Beweiswürdigungsregel	251
(4) Keine Notwendigkeit weiterer Begründungen	252
b) Dogmatische Begründung der zweiten Stufe	253
3. Rechtsnatur des Beweismodells	254
4. Zusammenfassung	256
V. Anwendungsbereich des Beweismodells	256
1. Persönlicher Anwendungsbereich	256
a) Anwendung des Beweismodells bei Auseinanderfallen von Nutzer und Versicherungsnehmer	258
b) Anwendbarkeit des Beweismodells bei einem gewerblich handelnden Versicherungsnehmer	258
2. Sachlicher Anwendungsbereich	259
a) Bedeutung der Struktur für das Beweismodell	260
(1) Kriterien der Struktur	261
(2) Berücksichtigung besonders schwerwiegender Beweisnotsituationen	262
b) Anwendbarkeit des Beweismodells auf verschiedene Bestandteile einer Sache und bei Sachgesamtheiten	263
(1) Teile der versicherten Sache	264
(a) Konkrete Zuordnung zu einer (Gesamt-)Sache	266
(b) Allgemeine Zuordnung zu einer (Gesamt-)Sache	268
(c) Anwendbarkeit der besonderen Beweiswürdigungsregel	268
(i) Kein Obiter Dictum	269
(ii) Vergleichbare Beweisnotsituation	269
(aa) Wahrnehmung des Versicherungsnehmers	270
(bb) Kein Widerspruch zur Rechtsprechung	271
(d) Zwischenergebnis	272
(2) Gegenstände an oder innerhalb einer (anderen) Sache	273
(3) Sachgesamtheiten und eine Vielzahl an Gegenständen	273
(a) Beweiserleichterungen im Rahmen von Sachgesamtheiten und einer Vielzahl von Gegenständen	275
(i) Maßgeblichkeit nur einer Sache	275
(ii) Maßgeblichkeit einiger Sachen	276
(iii) Maßgeblichkeit des wesentlichen Anteils der Sachen	277
(iv) Zwischenergebnis	278
(b) Einzelprobleme bei Sachgesamtheiten und einer Vielzahl an Gegenständen	279
(i) Anwendungsfälle der Maßgeblichkeit der wesentlichen Gegenstände	279

(ii)	Differenzierung von Sachgesamtheit und einer Vielzahl an Gegenständen	280
(iii)	Anwendung im gewerblichen Bereich.....	282
(iv)	Keine (weitere) Veränderung der Darlegungslast	282
(v)	Zwischenergebnis	283
c)	Vertraglicher Anwendungsbereich	283
(1)	Einzelne versicherte Gefahren	285
(a)	Einbruchsdiebstahl	285
(b)	Raub und räuberische Erpressung	286
(c)	Unterschlagung	288
(d)	Vandalismus.....	289
(i)	Vandalismusschäden ohne Zusammenhang zum Diebstahl	289
(ii)	Beschädigungen im Zusammenhang mit der versicherten Gefahr der Entwendung	291
(e)	Kollision mit Wild	293
(2)	Einzelne Versicherungsprodukte	294
(a)	Reisgepäckversicherung	294
(b)	Valoren- und Instrumenten-/Kunstversicherung.....	296
(c)	Handy- und Brillenversicherung	298
(d)	Haftplichtversicherungen	299
3.	Zeitlicher Anwendungsbereich	300
4.	Zusammenfassung	301
VI.	Die Elemente des äußeren Bildes	302
1.	Äußeres Bild des (einfachen) Diebstahls	303
a)	Rahmensachverhalt.....	304
b)	Späteres Auffinden der Sache.....	305
c)	Schlüsselverhältnisse beim (einfachen) Diebstahl.....	306
(1)	Keine Beweislastumkehr	308
(2)	Schlüsselverhältnisse und der Gegenbeweis	308
2.	Äußeres Bild des Einschleich- und Einstiegsdiebstahls als Einbruchsdiebstähle im weiteren Sinne	309
a)	Keine Notwendigkeit des Vorliegens von Einbruchsspuren	309
(1)	Fehlen von objektiven Spuren	310
(2)	Ausschluss aus anderen Gründen.....	311
b)	Negativer Indizienbeweis.....	311
3.	Äußeres Bild des Einbruchsdiebstahls im engeren Sinne	313
a)	Plausibilität des Spurenbildes.....	314
b)	Nachschlüsseldiebstahl	316
(1)	Differenzierung in der Beweisführung.....	317
(2)	Negativer Indizienbeweis beim Nachschlüsseldiebstahl	318
(3)	Zwischenergebnis	318
c)	Mehrdeutigkeitsproblem	318
4.	Struktureller Aufbau des äußeren Bildes	319
VII.	Zusammenfassung	321

F. Beweismaß bei Brand, Unfall, mehreren verwirklichten Gefahren und der Rückforderung durch den Versicherer	322
I. Nachweisbarkeit des Versicherungsfalls Brand	322
1. Eintritt des Versicherungsfalls	322
2. Herbeiführung des Versicherungsfalls	323
3. Brandstiftung als besondere Situation für den Versicherer	325
II. Nachweisbarkeit des Versicherungsfalls Kraftfahrzeug-Unfall	326
III. Zusammentreffen mehrerer versicherter Gefahren	327
1. Konnexität der versicherten Gefahren	328
a) Keine Verknüpfung der verschiedenen Versicherungsfälle	329
b) Selbstständigkeit der verschiedenen Versicherungsfälle	330
2. Beweisführung bei konnexen Versicherungsfällen	331
IV. Beweismaß im Rückforderungsprozess	332
1. Keine Beweisnot des Versicherers	333
2. Berücksichtigung des Hauptbeweises	333
V. Zusammenfassung	335
G. Zusammenfassung zum Beweismaß im Versicherungsvertragsrecht	335
Teil 3 Technischer Wandel	339
A. Einfluss des technischen Wandels auf die versicherte Gefahr der Entwendung	341
I. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den einfachen Diebstahl und dessen äußeres Bild	342
1. Einfluss von Wegfahrsperrern auf das Beweismodell und die Beweisführung	342
a) Elektronische Wegfahrsperrere der ersten Generation	343
b) Elektronische Wegfahrsperrere der zweiten Generation	343
c) Elektronische Wegfahrsperrere der dritten Generation	344
d) Elektronische Wegfahrsperrere der vierten Generation	345
e) Kein Einfluss auf die Behauptungslast	346
(1) Einfluss der elektronischen Wegfahrsperrere auf die Schlüsselverhältnisse	346
(2) Beweisnot bei Vorliegen einer Wegfahrsperrere	347
2. Einfluss von neueren Fahrzeugschlüsselsystemen als Zündungs- und Datenspeichergerät auf das Beweismodell und die Beweisführung	349
a) Gemeinsamkeit neuartiger Fahrzeugschlüssel	349
b) Fahrzeugschlüssel als Speicherort für Fahrzeugdaten	349
c) Die Schlüsselverhältnisse bei neuartigen Arten von Fahrzeugschlüsseln	350

Inhaltsverzeichnis

(1) Schlüsselverhältnisse als Bestandteil des äußeren Bildes bei neuartigen Fahrzeugschlüsseln.....	350
(a) Einordnung der Schlüsselverhältnisse als Teil des äußeren Bildes	351
(b) Keine erhöhte Darlegungslast durch Vorhandensein von Fahrzeugdaten	351
(i) Kein Abweichen von der Struktur des Beweismodells im Einzelfall	352
(ii) Hypothetische Prüfung	353
(2) Einordnung des Schließmechanismus als Indiz	354
(3) Zwischenergebnis	354
3. Einfluss von Ortsdaten in Fahrzeugen auf das Beweismodell und die Beweisführung.....	354
a) Funktionsweise der Speicherung von Ortsdaten in der Gegenwart	356
(1) Variationen aufgrund verschiedener Hersteller.....	356
(2) Zu beachtende Einzelheiten	356
b) Einfluss der Standortdaten auf das Beweismodell.....	357
(1) Möglicher Einfluss der Standortdaten auf die Darlegungslast.....	357
(a) Ansicht des OLG Celle	358
(b) Auskunftsanspruch des Versicherungsnehmers für seine Standortdaten.....	358
(2) Eigene Einordnung.....	359
(a) Ungerechte Risikoverteilung.....	360
(b) Risiko der Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	361
(c) Beeinflussung der Daten	361
(d) Veränderung des äußeren Bildes	361
(e) Berücksichtigung auf der zweiten Stufe.....	362
(3) Zwischenergebnis	363
4. Zusammenfassung.....	363
II. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den einfachen Diebstahl und den Gegenbeweis des Versicherers	363
1. Herausgabe der Daten durch den Versicherungsnehmer nach § 31 I 1 und 2 VVG.....	364
a) Telos der Auskunftspflicht.....	365
b) Erforderlichkeit der Auskunftspflicht.....	365
c) Beschränkung durch Frageumfang	366
d) Interesse des Versicherers an lesbaren Daten	366
(1) Verschriftlichte Daten	366
(2) Zumutbarkeit des Tätigwerdens des Versicherungsnehmers	367
(a) Unzumutbarkeit einer gerichtlichen Durchsetzung von Art. 15 DS-GVO	367
(b) Maßgeblichkeit der tatsächlichen Zugriffsmöglichkeit.....	368
(c) Qualifiziertes Anspruchsschreiben	369
e) Zwischenergebnis.....	369
2. Herausgabe der Daten durch den Hersteller nach den Regelungen der ZPO	370
a) Standort- und Fahrzeugdaten als elektronische Dokumente im Sinne des § 371 I 2 ZPO	370

b) Maßgeblichkeit der §§ 371 I 2, II, 422 ff. ZPO	371
c) Fallgruppen von § 371 II ZPO	371
d) Maßgeblichkeit der Beweisaufnahme von Amts wegen	372
(1) Voraussetzungen der Herausgabepflicht des Herstellers	373
(2) Berücksichtigung der tatsächlichen Umstände	374
e) Zwischenergebnis	374
3. Zusammenfassung	374
III. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf den Einbruchsdiebstahl	375
1. Einfluss von neueren (elektronischen) Schließmechanismen auf den Einbruchsdiebstahl bei Versicherungsverträgen außerhalb von Gebäuden	375
a) Technische Funktionsweise	375
b) Technische Sicherheit	376
c) Keine Anwendbarkeit der Grundsätze zum Einbruchsdiebstahl	377
d) Fallgruppe des elektromagnetischen Diebstahls	378
(1) Grundsätze des elektromagnetischen Diebstahls	379
(2) Zukünftige Nachweisschwierigkeiten	382
2. Einfluss von neueren (elektronischen) Schließmechanismen auf den Einbruchsdiebstahl in der Hausrat- und Gebäudeversicherung	383
a) Technische Funktionsweise	383
b) Technische Gefahren	384
c) Bisherige Lösungsansätze	384
d) Eigener Lösungsansatz	385
3. Zusammenfassung	387
IV. Zusammenfassung	387
B. Einfluss des technischen Wandels und der Digitalisierung auf die versicherten Gefahren des Brands sowie des Unfalls	388
C. Zusammenfassung des technischen Wandels	389
Teil 4 Schaffung und Implementierung eines neuen § 99a VVG	391
A. Wortlaut der Norm	392
B. Systematische Einordnung der Norm	393
C. Entwurf der Gesetzesbegründung	394
Teil 5 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	397
Teil 6 Ausblick	401
Literaturverzeichnis	403
Sachwortverzeichnis	433